

WOLLEN WIR BANKEN TRENNEN ODER WEITER FÜR SPIELBANKEN ZAHLEN?

BANKEN GENIESSEN U.A. DESHALB EINE IMPLIZITE GARANTIE DER ÖFFENTLICHEN HAND, WEIL ES SICH KEINE VOLKSWIRTSCHAFT LEISTEN KANN, AUF DIE FINANZIELLE INFRASTRUKTURLEISTUNGEN DER GESCHÄFTSBANKEN (EINLAGEN-, KREDITGESCHÄFT, ZAHLUNGSVERKEHR) ZU VERZICHTEN. DIESE IMPLIZITE GARANTIE WURDE ABER OFT MISSBRAUCHT, UM SICH FÜR ANDERE RISIKEN DES BANKGESCHÄFTS VON STEUERZÄHLERINNEN SCHADLOS HALTEN ZU LASSEN. DARÜBER HINAUS SOLLEN EINLAGENSICHERUNGSSYSTEME ERSTENS EINEN BANKENRUN VERHINDERN, UND ZWEITENS EINE BANKENPLEITE EHER VERKRAFTBAR MACHEN. LETZTERES WURDE IN DER EU IN DER GEGENWÄRTIGEN KRISE ALS ZU HOHES RISIKO ANGESEHEN, UND DIE BANKEN WURDEN MIT HILFSPAKETEN GERETTET, WAS DIE STAATEN AN UND ZUM TEIL ÜBER DIE GRENZE IHRER FISKALISCHEN LEISTUNGSFÄHIGKEIT GEBRACHT HAT¹. ES BEDARF DAHER EINER BANKENSTRUKTURREFORM, DIE DAS INVESTMENTBANKENRISIKO VOM GESCHÄFTSBANKENRISIKO TRENNT UND ABWICKLUNGSHINDERNISSE BESEITIGT.

Sie wollen ja nur spielen... Die Re-Regulierung des Finanzmarktes und des Bankensektors schreitet mit viel zaghafteren Schritten voran, als dies angesichts der Dimensionen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Bankenhilfspakete angebracht und nötig wäre, um den Finanz- und Bankensektor wieder auf seine wesentlichen Funktionen zurückzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, dass diese nicht länger eine immanente Bedrohung für die Realwirtschaft darstellen. Denn, wie der Ökonom Jeffrey D. Sachs anmerkte: „Das erste Grundgesetz der Finanzwirtschaft:

sind („too big to fail“ oder kurz TBTF). Damit ist gemeint, dass die Pleite einer systemisch wichtigen Bank so gravierende Folgen für eine Volkswirtschaft hat, dass sich Staaten gezwungen sehen, rettend einzuspringen. TBTF meint aber nicht nur die schiere Größe (meist im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft), sondern auch eine zu hohe Komplexität und eine zu hohe Vernetztheit. Zu große Komplexität und zu starke Vernetztheit können im Pleitefall ebenso zu einem unabwägbaren Risiko für die Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes und für die Volkswirtschaft als Ganzes wer-

le Investmentgesellschaften) zu beteiligen oder diese zu finanzieren. Die Empfehlungen, müssen sich jedoch einen wesentlichen Vorwurf gefallen lassen: Sie gehen von der Annahme aus, dass wir wissen können, woher welche Risiken die nächste Krise auslösen, und basiert eben auf der Analyse der gegenwärtigen Krise. Der Report selbst zeigt in seinem Analyseteil aber, dass die Auslöser der Krise und die strukturellen Schwächen des europäischen Bankensystems mannigfaltig sind.

Trennen: Aber was...? Der Vorschlag, einen bestimmten Teil eines bestimmten Geschäfts von Universalbanken fernzuhalten, greift also zu kurz, weil er auf der Annahme basiert, dass wir wissen, woher das Risiko kommt, und wie viel davon eine Universalbank verkraften kann, um nicht zum Risiko für Realwirtschaft und SteuerzahlerInnen zu werden. Die EU-Kommission hat dazu im Mai 2013 ein Dokument zur Konsultation vorgelegt⁵, an der sich auch die AK beteiligt hat⁶. Im Wesentlichen geht es bei der Frage der Bankenstrukturreform darum, „was“ und „wie“ zu trennen ist, also die Definition dessen, was zu einer Geschäftsbank gehört, und was der Investmentbank zuzuordnen ist (die Zeilen in der Abbildung), und wie stark die Trennung sein soll. Da wir erstens, wie erwähnt nicht wissen, woher die Risiken der nächsten Krise kommen, und wir zweitens auf die finanzielle Infrastruktur nicht verzichten können, spricht viel für eine möglichst enge Definition des Geschäftsbankenteils. Dessen Einlagen

„Das erste Grundgesetz der Finanzwirtschaft: Banken neigen zum Spielen. Und sie gewinnen immer.“ (Jeffrey Sachs)

Banken können einen in schwere Probleme bringen. Sie neigen zum Spielen. Und sie gewinnen immer. Wenn nämlich ein Deal schiefeht, dann werden die Verluste sozialisiert. Plus: Sie sind mächtig. Bis heute blockieren sie die nötigen Reformen.⁴² Die Frage ist also, ob es sich Realwirtschaft und die öffentlichen Haushalte im Namen der SteuerzahlerInnen weiter leisten wollen, für diese Spiele Ausfallhaftung zu gewähren, oder ob Demokratien westlichen Zuschnitts sich von der Erpressbarkeit und vom Diktat der Branchenlobbies befreien wollen.

... und sie sind zu groß, zu komplex und zu vernetzt, um zu scheitern. Eines der weiterhin ungelösten Probleme ist der Umstand, dass Banken zu groß zum Scheitern

den wie die Größe. Dies bedeutet auch, dass solche Bankenstrukturen ein Abwicklungshindernis im Sinne eines effektiven Bankeninsolvenzrechts³ darstellen.

Im sogenannten Liikanen-Bericht⁴ (HLEG) wurden einige dieser strukturellen Probleme untersucht und Empfehlungen für Lösungen vorgeschlagen: So sollte es Universalbanken ab einer bestimmten Größe nicht mehr gestattet sein, über ein gewisses Ausmaß hinaus Eigenhandel zu betreiben (das sind Wertpapiergeschäfte, die nicht im Auftrag von Kunden, sondern auf eigenen Namen und eigene Rechnung erfolgen), und sich an Alternativen Investment Fund (kurz AIF, das sind im Wesentlichen Hedgefonds und Private Equity Fonds) und an zB Special Purpose Vehicle (kurz SPV, das sind ausgelagerte, speziel-